

Von Sozialhilfe-Lösung enttäuscht

Baselbiet | Gegenvorschlag zur Ausgleichsinitiative geht Betroffenen zu wenig weit

Die insgesamt elf ländlichen Gemeinden, die mit ihrer Ausgleichsinitiative erreichen wollen, dass ihre Sozialhilfekosten breiter abgedeckt werden, sind vom landrätlichen Gegenvorschlag enttäuscht. Sie halten deshalb an ihrer Initiative fest.

Jürg Gohl

«Der Gegenvorschlag der landrätlichen Finanzkommission geht uns eindeutig zu wenig weit. Deshalb werden wir die Initiative nicht zurückziehen.» Hans-Peter Hänni, der Gemeindepräsident von Grellingen und Wortführer der Gemeinden, die hinter der Ausgleichsinitiative stehen, macht aus seiner Enttäuschung keinen Hehl. Zwar trifft sich der Ausschuss erst morgen zu einer Besprechung der Frage, wie es weitergehen soll. Doch die elf Baselbieter Gemeinden, welche die Initiative lanciert haben, wollen sich von ihrem Ziel nicht abbringen lassen: Ihre Sozialhilfekosten soll nicht mehr jede Gemeinde für sich alleine schultern müssen, sondern sie sollen solidarischer getragen werden.

Die Initiative schlägt vor, dass 70 Prozent der Sozialhilfe-Auslagen ei-

nem solidarisch gespeisten kantonalen Pool entnommen werden. Die einzelnen Gemeinden übernehmen noch 30 Prozent ihrer Ausgaben (die «Volksstimme» berichtete). So würden sie weiterhin motiviert bleiben, ihre Auslagen in diesem Bereich tief zu halten.

Hauptsächlich Bezirk Waldenburg

Grellingen, Hännis Gemeinde, muss rund einen Drittel der Steuereinnahmen in die Sozialhilfe abführen und weist deshalb inzwischen einen Steuersatz von 67 Prozent auf. Doch noch stärker als das Laufental im Allgemeinen sind einzelne Oberbaselbieter Gemeinden von hohen Sozialhilfe-Ausgaben betroffen. Deshalb stammen auch sieben der elf Initiativ-Gemeinden aus dem oberen Kantonsteil, schwergewichtig aus dem Bezirk Waldenburg. Es sind dies Hölstein, Niederdorf, Oberdorf, Waldenburg und Langenbruck sowie Diepfelingen und Lampenberg.

Den Initiativgemeinden angeschlossen hat sich auch der Kantonshauptort. Die Stadt Liestal wendet pro Jahr und Einwohner über 600 Franken für die Sozialhilfe auf und führt damit das entsprechende Ranking an. Eingereicht worden war die unfor-

mulierte Gemeindeinitiative im März 2016. In den vergangenen Jahren sprach der Regierungsrat erst Waldenburg und Grellingen aufgrund ihrer hohen Sozialhilfe-Ausgaben einen Härtefall-Beitrag zu. Sie begründete dies damit, dass diese Gemeinden über zu wenig Eigenmittel und zudem über einen hohen Steuerfuss verfügen, ihre eigenen Korrekturmöglichkeiten also ausgereizt sind.

Am Freitag hat die landrätliche Finanzkommission ihren Gegenvorschlag zur Initiative vorgelegt, der in Hännis Augen nicht viel mehr bietet als das von der Regierung vorgeschlagene Entgegenkommen. Diese kann sich für das neue System, das die betroffenen Gemeinden vorschlagen, nicht erwärmen. Es schaffe «falsche Anreize» und somit würden die Gesamtkosten steigen.

Härtefall-Regelung ins Gesetz

Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass die angeregte Umverteilung der Sozialhilfe-Kosten zusätzlichen Aufwand nach sich ziehe. Ausserdem könnte es die stark betroffenen Gemeinden dazu verleiten, sich nicht mehr so sehr zu bemühen, diesen Ausgabeposten in den Griff zu kriegen.

Die Kommission will neu, dass eine Härtefall-Regelung im Sozialbereich im Finanzausgleichsgesetz festgeschrieben wird, während es die Regierung bei einer Anpassung auf Verordnungsstufe belassen möchte. Den Vorschlag der Regierung, das bisherige System durch eine Lockerung der Bedingungen zu verbessern, erachtet die Mehrheit der Finanzkommission als Schritt in die richtige Richtung. Im Gegenvorschlag wird explizit die Regierung als die Behörde genannt, die darüber entscheidet, ob sie einen Härtebeitrag gewähren möchte. Die Kriterien müsse die Regierung in Eigenregie, also auf Verordnungsstufe, festlegen. Dabei sollen laut der Kommission tiefere Anforderungen gelten als in anderen Aufgabenbereichen, in denen es ebenfalls Beiträge für Härtefälle gibt.

Am 31. August wird sich der Landrat an seiner ersten Sitzung im neuen Amtsjahr mit der Ausgleichsinitiative befassen müssen. Zwar weckt das Resultat der Kommission wenig Hoffnung – mit 10 zu 2 Stimmen wurde der Gegenvorschlag abgesegnet –, doch möchten Hänni und seine Mitstreiter die Landräte ihrer Gemeinden motivieren, für diese Interessen einzustehen.